



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/245 - 20.10.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 76 54-59  
Fernschreiber 039 890

Deutsche Auswanderer gesucht	S. 1
Finnland löst Flüchtlingsproblem	S. 3
Bedenken wurden übergangen	S. 5
DP gab keine Auskunft	S. 5

## Die Schiffskarte nach Übersee

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Eine Schiffskarte nach Übersee ist für die meisten deutschen Auswanderer unerschwinglich, z.B. nach Venezuela betragen die Überfahrtskosten für eine fünfköpfige Familie rund 5000 M.

In allgemeinen gelingt nur den Mittellosen die kostenfreie Auswanderung nach Übersee, deren Nutzwert für das Einwanderungsland so offensichtlich ist, daß dieses das Risiko der Überfahrtskosten auf sich nimmt. Das gilt für Wissenschaftler, Erfinder, Ingenieure, für Spezialfacharbeiter, Grubenarbeiter, für Land- und Forstarbeiter, wenn sie jung genug sind; mitunter auch für ausgebildetes Krankenpflege-Personal. Es gibt aber auch einige für Deutschland sinnvollere Angebote überseeischer Einwanderungsländer, z.B. aus Chile und Venezuela. Angebote, welche die Ansiedlung deutscher Bauern auf eigener Scholle zum Ziel haben und zwar unter klimatischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die einer fachkundigen Nachprüfung standhalten.

Die venezolanische Regierung hat z.B. ein 6000 Hektar großes Gebiet mit modernsten Bodungsmaschinen urbar gemacht, ein dichtes Straßennetz angelegt, Siedlungshäuser gebaut und Wirtschaftsgebäude. Und man hat eine Gruppe dukswinadeutscher

Bauern (30 Familien) im Frühjahr dieses Jahres auf Kosten Venezuelas in Flugzeugen abgeholt und sie in der neu erschlossenen Siedlung auf je 100 Morgen pflugfertigen, zum Teil schon bestellten Land angesetzt; sie bekamen alles notwendige lebende und tote Inventar (dabei ein neuer moderner Traktor mit allem Zubehör), das Haus war praktisch eingerichtet (einschließlich Wäsche und Küchengerät); außerdem erhielt jeder Siedler einen Bankkredit von etwa 20000 M. Diese Siedlergruppe ist jetzt seit gut einem halben Jahr an der Arbeit, ihre Berichte sind gleichbleibend gut.

Nun ist die venezolanische Regierung bereit, weitere 60 bukowinadeutsche Familien unter den gleichen Bedingungen aufzunehmen, - sofern die Bundesregierung den Auswanderern die Überfahrtkosten bevorschusst. Man könnte fragen, warum Venezuela diesen, gegenüber den Gesamtkosten relativ geringen deutschen Beitrag verlangt, ja, ihn zur absoluten Bedingung macht. Vielleicht weil die Übernahme der Überfahrtskosten für deutsche Siedler vor der venezolanischen Öffentlichkeit nicht gut verantwortet werden kann. Denn es gibt z.B. auch italienische Bewerber für die Siedlerstellen; und der italienische Staat bezahlt die Schiffskarte für seine Auswanderer.

Die in Betracht kommenden 60 Bauernfamilien leben in absolutem Elend in Watenstedt-Salzgitter. Sie sind fast ausnahmslos arbeitslos und vegetieren von öffentlicher Unterstützung. Es ist nicht abzusehen, wo und wie man sie in der Bundesrepublik wieder verwurzeln könnte. Um eine einzige Barackenwohnung für kurze Zeit winterfest zu machen, müssen 2.500 M aufgewendet werden. Noch in diesem Herbst werden aus öffentlichen Mitteln allein in Watenstedt-Salzgitter mehrere Millionen für diesen Zweck verausgabt.

Bisher war das Bundesfürsorgeministerium nicht zu bewegen, für dieses sinnvolle Auswanderungsvorhaben auch nur den Betrag bereitzustellen, der für die Winterfestmachung eben der Baracken benötigt wird, aus denen 60 Vertriebenenfamilien für immer ausziehen könnten, wenn der Wohnraum der 60 volksdeutschen Familien freiwird, für die Venezuela fertige Siedlerstellen und einen neuen Beginn bereithält - wenn die Bundesregierung die Schiffskarte nach Übersee bevorschusst.

In Finnland ging es schneller ...

H.-Helsinki, Mitte Oktober

Seitdem vor wenigen Wochen eine deutsche Delegation zum Studium des Lastenausgleiches Finnland bereist hat, werden die hier gewonnenen wertvollen Anregungen auch in der Bundesrepublik von den zuständigen Fachgremien erörtert. Die deutsche Öffentlichkeit muß dabei auf Voraussetzungen hingewiesen werden, die dem kleinen Viermillionen-Volk der Finnen die gewaltige Eingliederung von rund einer halben Million karelischer Flüchtlinge verhältnismäßig leicht machte.

Die große soziale und politische Aufgabe des finnischen Lastenausgleiches wurde vom ganzen Volke erkannt und als eine nationale Pflicht erachtet. Zur Wiederansiedlung wurde in großem Maße Staats- und Gemeindebesitz zur Verfügung gestellt. Schließlich hatten die Finnen bereits während des Krieges einen "Probe-Lastenausgleich" durchgeführt, als 1940 nach dem Frieden von Moskau die Karelier nach Finnland geströmt waren und aufgrund eines Siedlungs-Sofort-Programmes eingegliedert werden sollten. Im Winterkrieg 1941 wurde dann Karelien wieder erobert.

Als nach dem zweiten Friedensschluß dann erneut die geplagten Karelier nach Finnland einströmten, ~~machte man sich die~~ aus dem ersten Flüchtlingsstrom gewonnenen Erfahrungen zunutze. Schon während der Waffenstillstandsverhandlungen hatte eine besondere Abteilung der finnischen Wehrmacht die planmäßige Rückführung und Verteilung der Flüchtlinge in die Wege geleitet, so daß im allgemeinen eine Überbelegung von Landesteilen - wie sie jetzt in Deutschland so beklagt wird - von vornherein vermieden werden konnte. Schließlich darf aber auch die bis in die letzte finnische Familie hinein seit jeher gepflegte soziale Aufgeschlossenheit und tatkräftig geübte Nachbarschaftshilfe als wesentlicher Beitrag zum Gelingen der Wiederansiedlung der Karelier nicht vergessen werden.

Von den vertriebenen Kareliern waren 200000 Personen in der

alten Heimat landwirtschaftlich tätig. 34000 davon hatten eigene Höfe. Heute sind mehr als 28000 oder 80 Prozent der ehemals selbständigen karelischen Bauern in Finnland wieder in gleicher Existenz tätig. Das war durch eine einschneidende Veränderung der landwirtschaftlichen Besitzstruktur möglich. Während in Deutschland 11,2 Prozent des bebauten Landes auf Betriebe über 50 Hektar entfallen, waren es in Finnland vor dem Lastenausgleich nur 1,1 Prozent. Aber auch dieser Satz wurde durch die Bodenreform noch auf gegenwärtig nur 0,3 Prozent zurückgedrängt. Auf die Betriebsgrößen bis zu 10 Hektar entfallen heute in Finnland rund 78 Prozent des Ackerbodens, während es in Deutschland 39,5 Prozent sind. Das finnische Bodenreformgesetz von 1945 legte eine Landabgabe von 10 Prozent (bei 25 bis 35 Hektar) bis zu 80 Prozent (bei Gütern über 800 Hektar) fest. Daneben wurden bestehende Höfe durch Landzulagen aufgestockt, Waldgelände gerodet, Moore und Sümpfe entwässert. Der bestehende mittlere Besitz wurde weitgehend geschont. Zur Finanzierung des Siedlungsprogrammes aber konnte Finnland bisher jährlich rund ein Zehntel seiner Budgetsumme bereitstellen. Mit Obligationen des Staates wurden abgabepflichtige Grundbesitzer entschädigt.

Daneben hat Finnland mit einer allgemeinen Vermögensabgabe zugunsten der Karelier die gesamte Bevölkerung belastet. Aktiengesellschaften mußten 20 Prozent ihres Kapitals in Form von aufgestockten Aktien in den Lastenausgleichsfond einbringen. In den Siedlungsplan wurden in Finnland aber auch die verheirateten Kriegsoffer und Kriegerwaisen einbezogen.

Das Lastenausgleichssystem Finnlands bietet also für die deutschen Verhältnisse nur ein unzureichendes Vorbild. Am finnischen Beispiel des uneingeschränkten sozialen Mitempfindens und der Opferbereitschaft für die Geschädigten aber kann man sich in der Bundesrepublik hinreichend orientieren.

+ + +

In Freiburg hat man's eilig

Das Freiburger Kabinett hat sich bemüht, den Vertrag über die Hafenverwaltung von Kehl, über den es seit 1948 mit Frankreich verhandelte, zu sichern. Zwar hatte die SPD mehrmals darauf hingewiesen, daß die Deutschen in der gemischten Hafenverwaltung von Kehl leicht majorisiert werden könnten, da der französische Verwaltungsratsvorsitzende bei Stimmgleichheit den Ausschlag gebe. Es fehle der Ausgleich durch eine gemeinsame Hafenverwaltung von Straßburg, das sich als Rivale von Kehl fühle. Überdies wurde betont, daß Verhandlungen eines einzelnen Bundeslandes mit einer auswärtigen Macht nicht erwünscht seien. Ähnliche Gedankengänge äußerte auch Vizekanzler Blücher in Baden-Baden; auch er vermisse den Ausgleich auf der Straßburger Seite. Trotzdem hat jetzt die Bundesregierung der gesinnungsverwandten Regierung Wohleb Hilfestellung geleistet, indem sie nach anfänglichem Sträuben dem Vertrag, der Freitag von der badischen Landesregierung und von Vertretern des "Port Autonome" von Straßburg unterzeichnet wurde, grundsätzlich zustimmte.

Alles in allem: Nachgiebigkeit der Bonner Bundesregierung. Das Kabinett Wohleb will vor dem Ende seiner Wirksamkeit auch noch unter allen Umständen die konfessionelle Lehrerbildung durchsetzen und scheint sich nicht zu scheuen, diese Neuerung im ehemaligen "liberalen Musterländle" im Verordnungswege einzuführen, nachdem sich gezeigt hat, daß es mit seinem Gesetzentwurf zur "Reform" der Lehrerbildung im Plenum des Landtags auf heftige Opposition stoßen würde. Die SPD hat bereits angekündigt, daß sie diese Frage - wahrscheinlich gemeinsam mit der FDP - vor den Staatsgerichtshof bringen werde.

H.H.

+ + +

H e l l w e g e k n i f f

(sp) Die "Süddeutsche Zeitung" hat die allgemein interessierende Frage nach der Finanzierung der Parteien untersucht und sich dabei an die Vorstände der verschiedenen Parteien gewandt. Nicht alle antworteten. Einige kniffen, so auch Bundesminister Hellwege von der DP. Nach seiner Meinung führe es zu weit, von einer Partei derartiges zu verlangen. Nicht etwa, weil seine Partei etwas zu verbergen habe, sondern weil Vorbedingung für eine Auskunft sei, "daß andere Parteien aus solchen Angaben keinen ungerechtfertigten Nutzen ziehen oder mit - wie die Erfahrung leider lehrt - nicht gerade immer lobenswerten Mitteln politisch anders orientierte Parteien zu schädigen trachten". - Und in der Tat: Die Deutsche Partei könnte wirklich "politisch geschädigt" werden, wenn ihre Wähler wüßten, aus welchen Quellen die Gelder der DP fließen ...

Nur die SPD gab erschöpfende Auskunft, was nicht Wunder nimmt. Als die große Partei der Schaffenden hat sie nichts zu verheimlichen und zu verschleiern. Sie kann es sich gestatten, ihre Ein- und Ausgaben offen darzulegen. Die "Süddeutsche Zeitung" kommt zu der aufschlußreichen Feststellung: "Je mehr sich die Partei aus Beiträgen und Spenden ihrer eigenen Mitglieder finanziert, umso bereitwilliger werden auch die Finanzen offengelegt; je schwankender der Mitgliederbestand ist und je stärker die Partei auf ständige oder gelegentliche Zuwendungen von Verbänden und Interessengruppen außerhalb ihrer eigenen Reihen angewiesen ist, umso größer die Scheu vor der Publizität".

---

 Verantwortlich: Peter Raunau